



Antrag

der Fraktion der SPD

Klare Regeln für Rüstungsexporte

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine verlässliche, wertegeleitete und restriktive Rüstungsexportpolitik einzusetzen. Zentrale Maßstäbe deutscher Rüstungsexportpolitik müssen die Einhaltung der Menschenrechte sowie Konfliktverhinderung und -beendigung sein. Rüstungsexporte in Krisengebiete und Diktaturen sind auszuschließen.

Der Landtag bekennt sich zum Ziel einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Rüstungspolitik. Grundlage dafür sind verbindliche gemeinsame Regeln für den Rüstungsexport mit klar definierten Mindeststandards, die sich am Gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union zu Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern von 2008 orientieren.

Begründung

Die deutsche Rüstungsexportpolitik ist in den vergangenen Jahren restriktiver geworden. Dennoch nimmt Deutschland nach wie vor im internationalen Waffenhandel eine zentrale Position ein. Waffensysteme mit deutschem Ursprung finden weltweit in bewaffneten Konflikten Verwendung. Grundlage glaubwürdiger deutscher Friedenspolitik ist die Eindämmung von Rüstungsexporten und die verbindliche Ausrichtung an einer wertegeleiteten Außenpolitik. Partnerländer und Industrie benötigen Planungssicherheit, die durch verbindliche und restriktive Regeln sichergestellt wird. Dies ist auch im besonderen Interesse der schleswig-holsteinischen Beschäftigten in der Wehrindustrie.

Dr. Ralf Stegner
und Fraktion